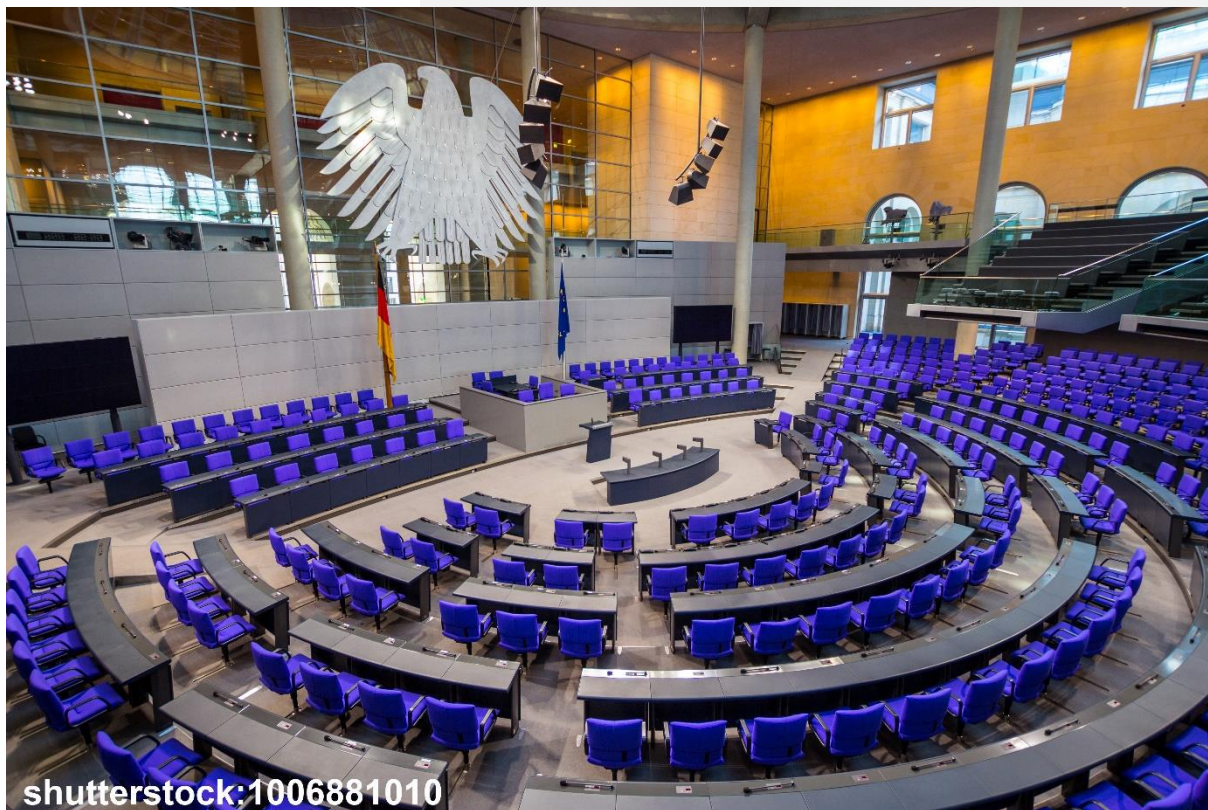


Ende des Renten-Sonderstatus für Abgeordnete gefordert



Es ist schon erstaunlich, wie manche etablierten Parteien vor den Wahlen neue Aktivitäten entfalten. War es erst kürzlich die FDP mit den Vorschlägen zu einer ergänzenden Rentenversicherung, haben auch die Grünen einen Vorschlag zur Stärkung der gesetzlichen Rente in den Ring geworfen. Nun ist der CDU der Einfall gekommen, den Renten-Sonderstatus für Abgeordnete endlich zu beenden. Es ist erstmals ein zaghafter Vorstoß von Abgeordneten verschiedener Fraktionen. Darunter auch der FDP-Abgeordnete Johannes Vogel, der sich auch mit einem Vorschlag zur Verbesserung der Rentensituation generell hervorgetan hat. Sein Ansatz ist, *warum ist eigentlich die Aktie „die Anlageform für Menschen mit größerem Einkommen“ - vielleicht sollten wir auch das endlich ändern und ein Volk von Eigentümern und Aktionären schaffen, gerade auch für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen?* Wie das funktionieren soll, dafür gibt es leider noch keine Antwort. Das hat in ähnlicher Form Herr Merz auch schon vor einigen Monaten den Bürgern empfohlen, aber leider auch ohne nachhaltigen Erklärungsansatz.

Das, was nun die Abgeordneten mehrerer Fraktionen zum Sonderstatus ihrer Altersversorgung eingebracht hat, haben wir von den Betriebsrentnern mit unseren Kooperanten der ADG, des BRR und dem Büro gegen Altersdiskriminierung seit knapp einem Jahrzehnt gefordert, aber das war immer ein **No-Go** – Thema. Herr Söder hatte sich in Kommentaren heftig dagegen zur Wehr gesetzt, mit massiven Geschützen einer

Grundgesetzänderung, der Änderung des Beamtengesetzes und noch vielen anderen Argumenten. Am besten gleich abwürgen und im Keim ersticken! Einem kürzlichen Beitrag in der SZ vom 5.7.2021 kann man entnehmen, dass für die Renten der Bundestagsabgeordneten jährlich ca. 50 Mio. Euro aus der Steuerkasse zu entnehmen sind. **Diese Renten werden vom Steuerzahler finanziert, nicht vom Abgeordneten!** Zählt man nun die Parlamentarier aller unserer Bundesländer dazu, kommt man sicher auf einen deutlich höheren Betrag jährlich. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, wenn Sachverständige wie Herr Professor Börsch-Supan und Andere den Beitrag aus der Steuerkasse für die Rentner von jährlich rund 70 Mio. Euro geißeln, die noch nicht einmal die versicherungsfremden Leistungen decken. Wir sind schon lange der Meinung, dass alle Beamten ganz gleich wo, in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen sollten, dann wäre dieser Zwei-Klassen-Gesellschaft endlich ein Ende gesetzt. Ein Abgeordneter im Bundestag erwirbt pro Jahr einen Pensionsanspruch von 250.-€. Das sind dann pro Legislaturperiode von 4 Jahren 1000.-Euro. Ganz gleich ob auf den hinteren Plätzen oder in den vorderen Reihen sitzt. Das mittlere Renteneinkommen eines Arbeitnehmers nach 40 Jahren beträgt 1.100.-€.

Der Vorschlag wäre nicht schlecht, man könnte aber mehr daraus machen.

Mal sehen, ob es dem nächsten Bundestag gelingt, das umzusetzen. Wir glauben zunächst mal nicht daran, lassen uns aber überraschen.

Wie schon gesagt, wir werden weiter aus den Wahlprogrammen der verschiedenen Parteien berichten.